

Sitzungsniederschrift

3. Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration

Sitzungsort: Landkreis Aurich - Sitzungssaal (Raum 1.106) - Fischteichweg 7-13 - 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 07.06.2017	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:55 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Mitglieder		
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU	Vertretung für Herrn Harald Tammen
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	Vertretung für Herrn Roelf Odens
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Gerhard Hoffmann
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Wienbeucker, Johann	S.W.K.	
Beratende Mitglieder		
Brönstrup, Elke		
Stern, Henning		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		
Bullwinkel, Axel		
Düsterhöft, Miriam		
Germer, Brigitte		

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die **Vorsitzende Gila Altmann** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Abgeordneter Kuno Behrends stellt den Antrag, den TOP 6 (stellv. Vorsitz im Ausschuss für Migration und Integration) zu vertragen und in die nächste Sitzung (Nr. 4) aufzunehmen. Außerdem wird beantragt, für die heutige Sitzung den **Abgeordneten Wienbecker** als stellvertretenden Vorsitzenden zu bestimmen. **Abgeordneter Reinhard Warmulla** fragt, ob nicht jeweils für jede Sitzung ein Stellvertreter/in bestimmt werden kann. **Herr Steinert** antwortet, dass das grundsätzlich möglich ist, der Antrag von Frau Altmann jedoch auf eine ständige Vertretung gerichtet ist. Sodann wird der Antrag von dem **Abgeordneten Kuno Behrends** einstimmig angenommen. Die **Vorsitzende Gila Altmann** stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30. März 2017**

Die Niederschrift vom 22.02.2017 wird mit zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Frau Liek (ehrenamtliche Betreuerin):

1. Es wird gefragt, ob vor der Abschiebung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen, die vermeintlich untergetaucht sind, noch einmal durch die Ausländerbehörde auf die rechtliche Situation und über die Folgen des Untertauchens schriftlich hingewiesen werden kann.
2. Hinsichtlich des Vorgehens bei Abschiebungen wird gefragt, ob der Umfang des Einsatzes von Personal und Fahrzeugen überprüft werden kann.
3. Zu dem Einsatz von lediglich 12 Wohnbegleitern für ca. 3.500 Flüchtlinge wird hinterfragt, ob eine ausreichende und systematische Betreuung noch zu gewährleisten ist.

Herr Steinert antwortet zu der Frage 1), dass diesbezüglich bereits in der Vergangenheit Gespräche mit den ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuern stattgefunden haben. Gleichwohl stehe die Verwaltung stets für Erläuterungen und einen Austausch zur



Verfügung. Weiterhin führt er aus, dass im Hinblick auf die Abschiebungen der Landkreis Aurich keinen Einfluss auf den Personaleinsatz sowie den Einsatz von Kraftfahrzeugen hat. Abschiebungen werden von der Landesaufnahmebehörde durchgeführt. Die Polizei sowie die Ausländerbehörde sind jedoch im Regelfall vor Ort.

Zu dem Mangel an Wohnbegleitern führt **Herr Martens** aus, dass auch die in Frage kommenden Behörden bei Bedarf für Informationen zur Verfügung stehen. Daneben gibt es ein breites Beratungsangebot durch die Flüchtlingsberatung des DRK und der Diakonie. Die **Vorsitzende Gila Altmann** nimmt den Hinweis auf und appelliert an die Anwesenden, das Angebot auch anzunehmen.

Herr Wendt liest neun Fragen eines an den Ausschuss für Migration und Teilhabe gerichteten Schreibens (Anlage 1) vor. Nach dem Vortrag und einer kurzen Diskussion schlägt Herr Steinert vor, die Fragen im Detail mit der Verwaltung zu erörtern und lädt Herrn Wendt bzw. Vertreter zu einem Gespräch in die Verwaltung ein. Die **Vorsitzende Gila Altmann** hält den Vorschlag fest und formuliert ihn noch einmal gegenüber Herrn Wendt.

Herr Oliver Steinkamp fragt nach der Möglichkeit der Einrichtung eines Büros für die ehrenamtlichen Betreuer in Dornum nach. Außerdem erkundigt er sich nach dem Info-System für Flüchtlinge.

Herr Bullwinkel führt aus, dass ein Büro für Erstbegleiter in Dornum angedacht ist. Die Wissensdatenbank steht bereits zur Verfügung. Die Vernetzung mit den Flüchtlingsshelfern muss noch erfolgen. Dazu muss der Link zu dem Portal auf der Website (Internetseite: „KONZ“) zur Verfügung gestellt werden.

Sodann schließt die **Vorsitzende Gila Altmann** die Einwohnerfragestunde.

TOP 6 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.05.2017**
(stellv. Vorsitz im Ausschuss für Migration und Integration)
Vorlage: IX-AF/2017/020

Siehe TOP 3.

TOP 7 **Bericht des Ausländer- und Flüchtlingsbeauftragten**

Herr Tobiasen stellt in seiner Funktion als Ausländer- und Flüchtlingsbeauftragter des Landkreises Aurich die Arbeit der Flüchtlingsberatung des DRK in Aurich vor. Mit einer ½ Stelle ist er zurzeit beim DRK angestellt. Außerdem ist er noch mit einer halben Stelle im Rahmen der Fachberatung für die Härtefallkommission für die Niedersächsische Staatskanzlei tätig. Insgesamt sind für die Flüchtlingsberatung beim DRK in Aurich fünf Mitarbeiter/innen Aurich beschäftigt. Im Jahre 2016 habe man 4.993 Beratungsgespräche durchgeführt. Die Beratungsgespräche haben eine große Bandbreite. Viele Gespräche befassen sich u.a. mit dem Familiennachzug.



Herr Tobiassen hält sodann ein Referat (siehe Anlage 2) über das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Das Asylrecht wurde insbesondere nach der Flüchtlingskrise den Gegebenheiten angepasst. Aus der Sicht des Ausländer- und Flüchtlingsberaters hat das Asylrecht Verschärfungen erfahren. Insbesondere wird die Einstufung von bestimmten Ländern zu sicheren Herkunftsstaaten erwähnt. **Herr Tobiassen** schildert den Fall eines elfjährigen Mädchens, welches wegen des nicht möglichen Familiennachzuges von Angehörigen psychisch auffällig sei. Er weist auf die rechtlichen Hürden beim Familiennachzug und auf die nach seiner Sicht problematische Abschiebepaxis nach Afghanistan hin.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** bedankt sich für den Vortrag.

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Zum Vortrag von Herrn Tobiassen fragt der **Abgeordnete Warmulla** nach, ob die Mitarbeiter Zeit haben, das Kind psychologisch zu betreuen und welche Verbesserungsmöglichkeiten es aus der Sicht der Flüchtlingsberatung gibt.

Herr Tobiassen antwortet, dass er aufgrund der rechtlichen Situation keine Verbesserungsmöglichkeiten sieht. Das Kind wird jedoch ehrenamtlich und schulpsychologisch betreut. Die Eltern haben jetzt für das Familiennachzugsverfahren einen Termin bei der Botschaft in Beirut. Man habe leider ähnliche Fallkonstellationen zu verzeichnen.

Abgeordneter Stauß kritisiert, dass junge Männer ihr Land verlassen anstatt dort für Gerechtigkeit zu kämpfen.

Die **Vorsitzende Altmann** entgegnet, dass es in diesem Rahmen keine bundespolitische Debatte geben könne, sondern dass es ausschließlich um die Belange der Flüchtlinge im Landkreis Aurich gehe.

Frau Brönstrupp berichtet, dass das betreffende Kind vor ca. zwei Jahren sehr aufgeschlossen in die Flüchtlingsberatung gekommen sei. Wegen der Perspektivlosigkeit des Familiennachzuges hatte sich der psychische Zustand des Kindes im Laufe der Zeit verschlechtert. Der Handlungsspielraum für das DRK ist gering. Die Gefahr der Verwahrlosung ist gegeben, wenn die Klienten für sich keine Perspektiven entwickeln können. Auch hier sieht die Flüchtlingsberatung die Aufgabe, die Klienten zu unterstützen und Wege aufzuzeigen.

Abgeordneter Forster stellt vor dem Hintergrund von 5.000 durchgeführte Beratungen im Jahre 2016 fest, dass alle bemüht sind zu helfen. **Herr Tobiassen** führt aus, dass man mit der derzeitigen Personalsituation versuchen werde, dem Beratungsbedarf gerecht zu werden. Die Finanzierung der Stellen sei bis Ende 2018 gesichert.

Herr Bullwinkel berichtet über Fälle von afghanischen Jugendlichen, deren Verwandte in Afghanistan getötet worden sind bzw. deren Elternhäuser in die Luft gesprengt wurden. In einem Fall wurden fünf Verwandte getötet. Durch die Betreuung dieser Personen in der Jugendhilfeeinrichtung „To Huus“ der Kreisvolkshochschule ist eine professionelle Unterstützung möglich. Insgesamt sei man jedoch aus psychologischer Sicht oftmals überfordert. Weiterhin berichtet er über einen jugendlichen Flüchtling, der über das Internet Kriegsbilder (mit verstümmelten Kriegsopfern) erhalten habe

und danach sehr introvertiert war. Die Gefahren für bildungsferne, jugendliche Flüchtlinge dürfe man nicht außer Acht lassen (Radikalisierung). Hier böte sich als eine Möglichkeit die Einrichtung sogenannter Bildungspatenschaften an. Durch Anschreiben der Kreisvolkshochschule konnten 59 Paten gewonnen werden. Diese Patenschaften können jedoch auch nur ehrenamtlich geleistet werden.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** nimmt die Anregung an.

Herr Stern schildert einen Problemfall im Rahmen des Familiennachzuges. Ein allein-stehender Flüchtling wohnt bereits hier. Die Ehefrau und das gemeinsame Kind kommen im Rahmen des Familiennachzuges hier an. Es werden jedoch keine Meldebescheinigungen ausgegeben, weil der Vermiethernachweis nicht ausgestellt wird.

Herr Martens bestätigt, dass Probleme dieser Art bekannt sind und dass Strukturen geschaffen worden sind, dass das nicht mehr vorkommt. Das Belegungsmanagement des Landkreises Aurich ist hier involviert und wird bei Bedarf Abhilfe schaffen.

Frau Frieden sagt, dass man als ehrenamtlichen Helfer oftmals ein Stück überfordert sei.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** fragt, welche Möglichkeiten und Spielräume der Landkreis Aurich habe, um solche Situationen zu erleichtern. Herr Steinert sagt, dass dies Ausdruck des Rechtsstaates ist. Es gebe nun einmal Rechtsvorschriften über den Nachzug, an die die Verwaltung gebunden sind. Die Verwaltung kommentiert nicht. Die Politik muss die Gestaltungsräume regeln. Sofern der Landkreis Aurich Spielräume hat, werden diese auch im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens genutzt.

Frau Lieck fragt, ob es eine Schnittstelle zwischen Politik, Staat und persönlichen Schicksalen gibt. Sie möchte wissen, ob man dort politisch etwas bewirken kann.

Herr Steinert antwortet, dass der Landkreis Aurich am Beispiel des Familiennachzuges in Bezug auf die Arbeit der Botschaften keinerlei Einfluss habe. Hier sei die Politik gefragt.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** unterstreicht, dass die o.a. Probleme auf den unterschiedlichen Ebenen thematisiert werden müssen und politischer Druck von unten nach oben aufgebaut werden muss. Schließlich gibt es auch eine differenzierte Handlungsweise in den einzelnen Bundesländern. Sie betont, dass die Handlungsweise im Landkreis Aurich in Bezug auf die Ausführung des Ausländerrechts sehr sensibel sei.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** bedankt sich für die Debatte. **Herr Steinert** fügt noch hinzu, dass für Hilfestellungen auch die jeweiligen Ansprechpartner in den kreisangehörigen Gemeinden zur Verfügung stehen.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** stellt fest, dass es keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt.

TOP 9 **Einwohnerfragestunde**

Herr Wendt fragt, ob die 2. Einwohnerfragestunde in eine Einwohnerdiskussionsrunde umgewandelt werden kann.

Die **Vorsitzende Gila Altmann** antwortet, dass das geprüft und ggfs. dann die Geschäftsordnung ergänzt werden müsste.

TOP 10 **Schließung der Sitzung**

Die **Vorsitzende Gila Altmann** schließt die Sitzung um 16:55 Uhr und bedankt sich für die Debatte und die Präsenz.

gez. Altmann
Vorsitzende

gez. Gronewold
Protokollführer